

# PRÄDIKAT › BESONDERS UNGERECHT ◀

Die bildungspolitischen Forderungen von AfD und Co. reichen weit in unsere Gesellschaft hinein. Sie bedrohen sogar die Gerechtigkeit in unserem Land. **Das wollen wir nicht hinnehmen und bieten dir deshalb gute Argumente gegen rechtspopulistische Parolen.**

## **DENN DAS GEHT UNS ALLE AN: BILDUNG IN EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT**

Wir leben in einer „Wissensgesellschaft“. Der Zugang zu Bildung und deren Erwerb spielen eine zentrale Rolle für unsere Stellung in der Gesellschaft. Gleichzeitig ist Bildung der Grundstein zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit.

Dabei geht es jedoch nicht nur darum, Wissen, Kompetenzen oder das Lernen selbst zu lernen. Es geht ebenso darum, soziale Kompetenzen zu entwickeln, um sich sicher in Gruppen und der Gesellschaft bewegen zu können.

Bildung ist ein anerkanntes Menschen- und Bürgerrecht. Sie soll zu „Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und [...] Gruppen“ anregen (§26, Absatz 2).

Wir nehmen diesen Anspruch ernst und setzen uns deshalb für ein gerechteres Bildungssystem ein. Denn in Deutschland hängt der Bildungserfolg stark vom Elternhaus ab und Chancen sind ungleich verteilt.

Eine umfassende Bildungspolitik muss außerdem außerschulische Erziehung ebenso mitdenken wie beispielsweise die Geschlechterforschung. Bildung ist mehr als Ausbildung, denn bildungspolitische Fragen entscheiden über Gerechtigkeit und die Zukunft unserer Gesellschaft.

## **RECHTSPOPULISTISCHE PAROLEN ENTKRÄFTEN**

Die AfD ignoriert bewusst die gegenwärtige gesellschaftliche Realität zu Fragen von Bildung, kritischer Gesellschaftsforschung und Inklusion.

- In ihrer Magdeburger Erklärung vom 14. November 2016 heißt es zum Beispiel: „Die traditionelle Familie soll Vorbild bleiben. Sie gehört zum Kern der deutschen Leitkultur.“





Mit diesem knappen Statement umreißt die AfD ihr Erziehungs- und Gleichstellungsmodell: die Ehe nur zwischen Mann und Frau, „deutsche“ Kinder, sexistische Geschlechterrollen und veraltete Aufgabenverteilungen sowie Heterosexualität als Maßstab.

Alternative Familienformen und Lebensweisen sollen in der Schule oder Hochschule deshalb nicht vorkommen und vermittelt werden.

- Zudem behauptet die AfD in ihrem Grundsatzprogramm: „Die ideologisch motivierte Inklusion ‘um jeden Preis’ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg“ (S. 54).

Dabei fordert die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, dass ein inklusives Schulsystem und tatsächliche Gleichberechtigung umgesetzt werden. Diese Ansätze unterstützt die AfD jedoch nicht.

Rechtspopulistische Einstellungen und Forderungen zu Bildung, Familie, Erziehung und Gleichstellung sind nicht nur rückwärtsgewandt. Sie benachteiligen auch viele Menschen. Um gute Antworten darauf zu finden, lohnt es sich genauer hinzuschauen. Deshalb fragen wir ganz konkret: Was verlierst du?

### **#WASVERLIERSTDU?**

Wenn RechtspopulistInnen gegen Grundrechte vorgehen, dann geht uns das alle an. Denn dann stehen unsere durchs Grundgesetz geschützten, unveräußerlichen Menschenrechte und damit auch unsere Werte auf dem Spiel. Die folgenden rechtspopulistischen Parolen und Forderungen hören wir zum Beispiel immer wieder:

### **Die Möglichkeit einer inklusiven Schule**

... denn die AfD fordert eine „Rückkehr“ zum ausschließlich dreigliedrigen Schulsystem.

Diese Forderung ist bereits deshalb fragwürdig, weil das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland ohnehin vorherrschend ist. Mit der Bildung „homogener Lerngruppen“ sollen die „leistungsstarken“ frühzeitig von den „schwachen“ SchülerInnen getrennt werden.

Dabei ignoriert die AfD, dass in einer Schulklasse immer verschiedene Leistungsstände auftreten.



So ist es auch für das jetzige System ein großes Problem, dass SchülerInnen aus nicht-privilegierten Haushalten in vielen Bundesländern keine Übergangsempfehlungen für den Besuch der gymnasialen Oberstufe erhalten. Das dreigliedrige System schafft es somit nicht, bestehende Lernrückstände auszugleichen.

Es trägt deshalb dazu bei, soziale Unterschiede aufrecht zu erhalten. Damit widerspricht es unserem demokratischen Verständnis. Bildung ist ein Menschenrecht und muss Chancengleichheit für ausnahmslos alle ermöglichen - unabhängig von sozialer oder geografischer Herkunft und Geschlecht.

### **Bildung für Menschen mit Förderbedarf**

... weil die AfD diese ausgrenzen will.

Der Anteil der Kinder mit Förderbedarf (Behinderung, Lernschwierigkeiten etc.) in Deutschland steigt an. Derzeit gehen in Deutschland aber nur ein Drittel aller Kinder mit Förderbedarf auf eine Regelschule (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

Die AfD behauptet, dass unser Bildungssystem mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar sei. Die Konvention fordert aber, dass niemand „aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“ soll.

Inklusion wirkt sich positiv auf die Leistung von FörderschülerInnen aus. Zudem sind Eltern von Kindern ohne Förderbedarf in inklusiven Schulen zufriedener mit der Lernumgebung und den Kompetenzen der Lehrkräfte, als jene Eltern, deren Kinder auf Regelschulen gehen. Inklusive Schulen kreieren ein Lernfeld für sozialen Zusammenhalt.

Außerdem bieten sie die Möglichkeit, im individuellen Tempo zu lernen. Kein Kind ist gleich und allen steht die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu. Die Kosten dafür sind vertretbar, denn Inklusion ist es uns wert.

### **Vielfältige Sexualerziehung**

... denn die AfD verfolgt ein „traditionelles Familienbild“.

Dieses Familienbild werde zerstört, wenn in der Schule alle Sexualitäten berücksichtigt und unterschiedliche Geschlechterrollen offen vermittelt werden. Gesellschaftliche Sichtbarkeit (z.B. von homosexuell oder trans\* lebenden Menschen) und Geschlechtergerechtigkeit ist der AfD ein Dorn im Auge



In der Folge betrachtet sie die Versuche einer Pädagogik, die alle gleich berechtigt, als „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme“ (Grundsatzprogramm, S. 55). Zu einer freien demokratischen Gesellschaft gehört jedoch die Vermittlung von Vielfalt und die Anerkennung verschiedenster Lebensentwürfe. Alle Familienformen müssen deshalb als Orte der Erziehung und Bildung unterstützt werden.

### **Echte Geschlechtergerechtigkeit**

... denn die AfD sieht Frauen und Männer nicht als gleichwertig an. Für die AfD ist Geschlechtergerechtigkeit ein gesellschaftliches Übel. Forschungen und Bildungsansätze hierzu werden als „Ideologie“ gebrandmarkt und damit delegitimiert. In der Folge lehnt die AfD gesetzliche Vorgaben zur gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter strikt als „leistungsfeindlich“ und „ungerecht“ ab.

Begründet wird dies mit der Behauptung, Gesellschaft und Wirtschaft würden sich selbst gerecht regulieren. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt sich beispielsweise an den unterschiedlichen Gehältern von Männern und Frauen in ähnlichen Positionen. Zudem geben die Erfolge solcher Maßnahmen denen Recht, die sich für die Geschlechtergerechtigkeit einsetzen.

### **UND DESHALB: GEMEINSAM GEGEN RECHTSPOPULISMUS!**

Unser Ziel ist Kleiner 5. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass keine rechtspopulistische Partei im September 2017 in den Bundestag einzieht. Deshalb unterstützen wir so viele Menschen wie möglich, sich inhaltlich mit rechtspopulistischen Parolen und Forderungen auseinander zu setzen - mit Fakten, guten Argumenten und im Sinne unseres Grundgesetzes.

### **Bildung als Menschenrecht**

Wir von Kleiner 5 betrachten Bildung als ein Menschen- und Bürgerrecht. Wir treten deshalb für ein Bildungssystem ein, das ausnahmslos allen Menschen die gleichen Chancen eröffnet und ihnen die kulturelle, soziale und politische Teilhabe ermöglicht. Wir fordern daher heterogene Schulen, die SchülerInnen individuell wahrnehmen und ihren Talenten entsprechend fördern.



Mit ihrem Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem will die AfD die bestehende soziale Ungleichheit zementieren. Sozialer Aufstieg wird damit nachhaltig erschwert bzw. verhindert.

Insbesondere SchülerInnen mit Migrationshintergrund oder aus Familien mit geringem Einkommen haben erschwerte Zugangsbedingungen zur gymnasialen Oberstufe oder Universitäten. Der Zugang zu Bildung darf aber kein Privileg sein. Das Schulsystem muss dem Abbau von Bildungsbenachteiligungen dienen.

### **Gleichberechtigter Zugang zu Bildung**

Chancengleichheit ist wichtig, da das Recht auf Bildung einen demokratischen Grundwert darstellt. Im Jahr 2009 trat in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Sie fordert, dass „Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen ausgeschlossen werden“ dürfen.

Außerdem soll „ein integratives Bildungssystem“ gewährleistet sein. (Artikel 24) Schülerinnen und Schüler, die bisher in Förderschulen unterrichtet werden, müssen daher verstärkt in Regelschulen integriert werden. Wir fordern daher die inklusive Schule für alle!

### **Recht auf sexuelle Aufklärung und Gleichstellung**

Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit – so will es Artikel 2 unseres Grundgesetzes. Für diese Entfaltung bedarf es angemessene sexuelle/geschlechtliche Bildung.

Dabei gilt es, die gesellschaftliche Realität abzubilden, d.h. auch homo- und transsexuelle Selbstverständnisse im Unterricht zu berücksichtigen. Zudem sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich – dies betrifft Rechte wie Pflichten (Art. 3, GG). Staat und Politik haben dabei die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung“ zu fördern und „bestehende Nachteile“ zu beseitigen (Art. 3, Abs. 2, GG). Die Chancengleichheit genügt vor diesem Hintergrund nicht. Staat und Politik müssen Gleichstellung aktiv durchsetzen, um damit faire Teilhabe für alle in Deutschland zu ermöglichen.

So genannte „Geschlechterquoten“ und Forschungen hierzu sind keine „Ideologie“, sondern bedürfen der aktiven Förderung und der Vermittlung durch das Bildungssystem.

**<https://www.kleinerfuenf.de/de/bildung>**